

Ausschuß für Innere Verwaltung

Protokoll

10. Sitzung (nicht öffentlich)

7. März 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.40 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Reinhard (Gelsenkirchen) (SPD)

Stenograph: Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

a) Aktivitäten eines Leihbeamten aus Nordrhein-Westfalen in einer Grundstücksangelegenheit in Brandenburg

Frage des Abgeordneten Paus (Detmold) (CDU)

1

b) "Erfrischungszuschuß" für Polizeibeamte

Frage des Abgeordneten Bruckschen (SPD)

2

**2 Gesetz zur Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991
(Haushaltsgesetz 1991)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/800

Einzelplan 03 - Innenministerium

Vorlagen 11/243, 290, 345, 351
Zuschriften 11/169, 179, 263, 345, 357, 402

3

Der Ausschuß **entscheidet** über die **Änderungsanträge** der vier Fraktionen.

Die Ergebnisse sind der **Vorlage 11/404** (s. auch Beschlußempfehlung und Bericht Drucksache 11/1103) zu entnehmen.

In der **Gesamtabstimmung** wird der Entwurf des Einzelplans 03 in der soeben beschlossenen Fassung mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und GRÜNEN **angenommen**.

Berichterstatter

im Haushalts- und Finanzausschuß: Abgeordneter Frechen (SPD)

Ausschuß für Innere Verwaltung
10. Sitzung

07.03.1991
ei-pr

Seite

**3 Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen für das
1. Halbjahr 1990**

Vorlage 11/234

10

MDgt Dr. Baumann (IM) erstattet einen Vorlage 11/234 ergänzen-
den Bericht.

10

In der anschließenden Aussprache beantworten die Vertreter des
Innenministeriums die sich ergebenden Fragen.

14

**4 Änderung der Beflaggungsverordnung vom 29. November 1984
(GV. NW. S. 742)**

Vorlage 11/337

Der Ausschuß **stimmt** der Änderungsverordnung ohne Diskussion
zu.

5 Entlastung der Feuerwehr von Postgebühren

(Antragstellerin: Fraktion der CDU)

21

Der Ausschuß erklärt sich mit der Entgegennahme einer schriftli-
chen Darstellung einverstanden.

Seite

- 6 Umfang und Zweck des vermehrten Datenaustauschs zwischen LKA
Abt. Staatsschutz und anderen Behörden über Ausländer und Aus-
länderinnen bestimmter Herkunft und Staatsangehörigkeit, insbe-
sondere Palästinenser und Palästinenserinnen, anlässlich des Krie-
ges am Golf** 21
- Bericht des LMR Dr. Möller (IM) 21
- Aussprache 22
- 7 Verfahren gegenüber Petenten, die seit dem 1. Januar 1991 vom
Abschiebeverfahren bedroht sind** 23

Der Punkt wird auf Antrag der SPD-Fraktion vertagt.

einem einheitlichen Leiter unterstellt worden; die Einsätze selbst hätten dann aber einzeln, so wie beim normalen Objektschutzdienst, stattgefunden. Soweit er den Sachverhalt kenne, meine er, daß die Voraussetzungen für die Gewährung eines Erfrischungsgeldes nach der genannten Verordnung nicht vorlägen.

Eine weitere, vom Abgeordneten Appel (GRÜNE) an das Ministerium gerichtete Frage wird nicht aufgerufen, weil der Vertreter der GRÜNEN zu diesem Zeitpunkt noch nicht anwesend ist. - Abgeordneter Meyers (CDU) verweist darauf, daß eine derartige Frage bereits im Hauptausschuß gestellt und dort am 31. Januar von der Landesregierung umfassend beantwortet worden sei.

2 Gesetz zur Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991 (Haushaltsgesetz 1991)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/800

Einzelplan 03 - Innenministerium

Vorlagen 11/243, 290, 345, 351
Zuschriften 11/169, 179, 263, 345, 357, 402

Der Vorsitzende verweist zunächst auf die an die Ausschußmitglieder verteilte Übersicht über die Anträge der SPD- und der CDU-Fraktion. Die Anträge der F.D.P. und das Antragspaket der GRÜNEN seien erst heute morgen eingegangen und hätten deshalb in diese Übersicht nicht mehr aufgenommen werden können. Er schlage vor, bei der Abstimmung zunächst nach dieser Auflistung vorzugehen, die Anträge der F.D.P. bei den entsprechenden Titeln einzubeziehen und anschließend über die Anträge der GRÜNEN - gegebenenfalls im Block - zu entscheiden.

Ausschuß für Innere Verwaltung
10. Sitzung

07.03.1991
ei-pr

Abgeordnete Larisika-Ulmke (F.D.P.) bedauert, daß die Anträge ihrer Fraktion so spät vorgelegt worden seien; dies hänge auch mit den Beratungen des "Runden Tisches", in denen ja zunächst vereinbart worden sei, unter Umständen zu gemeinsamen Einsparungsvorschlägen zu kommen, zusammen. Zum Teil lägen F.D.P. und SPD mit ihren Anträgen nicht weit auseinander.

Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU) merkt an, die von seiner Fraktion vorgelegten Anträge seien auf der Basis des Haushaltsentwurfs vorbereitet worden. Dann sei die Ergänzungsvorlage des Finanzministers gekommen, die den Landeshaushalt in wesentlichen Punkten zu Lasten des Einzelplans 03 verändert habe. Die SPD wolle nun mit ihren Anträgen diese Kürzungen der Landesregierung weitgehend wieder rückgängig machen. Die CDU-Fraktion plädiere dafür, generell zu den ursprünglichen Haushaltsansätzen zurückzukehren, stelle jedoch zu den einzelnen Positionen keine eigenen Anträge, auch weil es sehr schwierig wäre, die nach Annahme der SPD-Anträge gegebenenfalls noch verbleibenden Differenzen herauszufiltern. Unter diesem Vorbehalt stehe auch die Zustimmung der CDU-Fraktion zu den jeweiligen "Verbesserungsvorschlägen" der SPD gegenüber der vorhergehenden Verschlechterung durch die Landesregierung.

Abgeordneter Frechen (SPD) zeigt sich erfreut, daß die CDU dem einen oder anderen Änderungsantrag der SPD zustimmen wolle. In den Beratungen seiner Fraktion sei beschlossen worden, die Ergänzungsvorlage des Finanzministers wieder zugunsten des Einzelplans 03 zu verändern; von dem Ergebnis dieser Fraktionsberatungen gehe die SPD heute aus.

Der **Ausschuß** entscheidet sodann über die Änderungsanträge, die der **Vorsitzende** jeweils aufruft.

- Zu den Einzelberatungen wird auf **Vorlage 11/404** verwiesen. Die abgestimmten Anträge sind mit den Abstimmungsergebnissen als **Anlage 1 - Personal - und Anlage 2 - Sachtitel - zu Vorlage 11/404** wiedergegeben. Im folgenden sind nur noch **Diskussionsbeiträge** protokolliert, die über die Darstellung in der genannten Vorlage hinausgehen. -

Zu: Kap. 03 110 Tit. 422 10
Antrag der SPD betreffend "Weyerlinge"
(s. Anlage 1 zu Vorlage 11/404, Nr. 2)

Abgeordneter Frechen (SPD) stellt fest, seine Fraktion wolle mit diesem Antrag dauerhaft 300 Amtszulagen installieren.

Nach den Worten der **Abgeordneten Larisika-Ulmke (F.D.P.)** hat sich im Land herumgesprochen, daß das die "Spielwiese" der SPD-Fraktion sei: Erst streiche der Innenminister, damit die SPD-Fraktion dann Gelegenheit habe, sich zu profilieren. Die Zulagenstellen sollten jetzt so "festgeklopft" werden, daß diese Spielwiese in Zukunft entfalle.

Diese Argumentation macht **Minister Dr. Schnoor** sich nicht zu eigen. Im übrigen stammten die ku-Vermerke vom Landtag; er selber hätte dazu andere Vorschläge anzubieten gehabt.

Zu: Kap. 03 110 Tit. 422 20
Anträge der CDU, der F.D.P. und der SPD auf Stellenerhöhungen
(s. Anlage 1 zu Vorlage 11/404, Nrn. 3, 4 und 5)

Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU) trägt vor, die CDU wolle ein Programm, das jährlich 1 000 zusätzliche Stellen vorsehe, um so die 7 500 zusätzlichen Stellen, die wohl als Mindestbedarf allseits anerkannt seien, noch in diesem Jahrzehnt zu erreichen. Der Innenminister habe seines Wissens ursprünglich Ähnliches angemeldet. Die CDU habe darauf verzichtet, für die ergänzenden Maßnahmen - Ausbilder, Ausstattung usw. - detaillierte Anträge zu stellen; der Antrag intendiere selbstverständlich, daß die zusätzlichen Polizeikräfte vernünftig ausgebildet und untergebracht würden.

Abgeordnete Larisika-Ulmke (F.D.P.) plädiert für Zustimmung zu dem F.D.P.-Antrag, der sich in der Mitte zwischen dem SPD- und dem CDU-Antrag bewege.

400 zusätzliche Stellen seien immerhin eine "gewisse Aufstockung", auch wenn noch wesentlich mehr Stellen fehlten.

"Darin stimmen wir sicher überein", bemerkt **Abgeordneter Frechen (SPD)**. Die Frage "Wieviel Polizei braucht der Mensch?" lasse sich aber nicht für alle zufriedenstellend beantworten. Die Stellenerhöhung stehe unter dem Diktat knapper Kassen; angesichts dessen sollte festgehalten werden, daß die SPD-Fraktion den Stellenwert der inneren Sicherheit so hoch ansetze, daß sie noch 300 Einstellungsermächtigungen mehr vornehmen wolle als der Regierungsentwurf vorsehe. Die insgesamt 700 zusätzlichen Einstellungsermächtigungen bedeuteten einen guten Schritt vorwärts. Es sei gemeinsames Anliegen, dies in den künftigen Haushaltsberatungen dieser Legislaturperiode möglichst auszubauen.

Auf die Bemerkung des Abgeordneten Paus, ein Mehrbedarf von 7 500 Stellen sei allseits anerkannt, entgegnet **Minister Dr. Schnoor**, er habe immer gesagt, verglichen mit 1980 habe die Polizei heute unter Berücksichtigung des Aufgabenzuwachses auf der einen und der Arbeitszeitverkürzungen auf der anderen Seite einen zusätzlichen Bedarf von etwa 7 300 Stellen. Er sei allerdings der Meinung, daß dieser Mehrbedarf nicht allein durch zusätzliche Stellen befriedigt werden sollte, sondern daß auch Aufgabenkritik, Rationalisierungsmaßnahmen usw. in einer nennenswerten Größenordnung zu Buche schlagen müßten.

Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU) versteht den SPD-Antrag, auch wenn es nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein könne, durchaus als ein Zeichen in die richtige Richtung. Er stimme auch dem Innenminister darin zu, daß Aufgabenkritik erfolgen und Rationalisierungen - etwa: EDV - vorgenommen werden müßten, um Kapazitäten freizubekommen. Daß aber ein Mehrbedarf von rund 7 500 Stellen bestehe, sollte seines Erachtens zunächst einmal so stehenbleiben.

Abgeordneter Appel (GRÜNE) macht deutlich, seine Fraktion sei nicht für eine Erweiterung des Polizeibereichs, sondern meine, daß gesellschaftliche Probleme nicht allein durch die Polizei gelöst werden könnten; die Polizei sei heute mit Aufgaben überfrachtet.

Die GRÜNEN hätten sich gerade angesichts der derzeit erforderlichen Einsparungen gewünscht, ein Sparkonzept mit einem Reformkonzept zu verbinden. In der

Ausschuß für Innere Verwaltung
10. Sitzung

07.03.1991
ei-pr

Kürze sei das nicht zu realisieren; der Ausschuß werde das in den nächsten Jahren diskutieren können. Es gebe in seiner Fraktion durchaus auch die Sicht, daß man die belasteten Beamten nicht einfach leiden lassen könne. Bei der Abstimmung über die Erhöhungsanträge werde er sich heute der Stimme enthalten.

Zu: Kap. 03 110 Tit. 812 60

Antrag der CDU betreffend Kommunikationsanalyse
(s. Anlage 2 zu Vorlage 11/404, Nr. 17)

Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU) stellt fest, die Umsetzung der Vorschläge des Gutachtens von Mummert & Partner sei allenfalls im Promillebereich vorgesehen; durch die Ergänzungsvorlage seien die Ansätze noch einmal zusammengestrichen worden. Die CDU-Fraktion wolle hier jedoch ein dickes Ausrufezeichen setzen.

Abgeordneter Meyers (CDU) zitiert hierzu Ausführungen des Ministers Dr. Schnoor, wie sie in der Zeitschrift "Die Streife" wiedergegeben worden seien:

Die technische Büroausstattung insbesondere mit moderner Informations- und Kommunikationstechnik ist Bestandteil eines Programms, das innerhalb von zehn Jahren eine flächendeckende Ausstattung der gesamten Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen vorsieht.

Als wichtiger Teilschritt zu diesem Ziel ist die umfassende Ausstattung aller Schutzbereiche, Polizeistationen und Kriminalwachen mit modernen Bürorechnern innerhalb der nächsten drei Jahre geplant.

Ausweislich der Vorlage 11/351 sollten von den erforderlichen 320 Millionen DM im Jahre 1991 nach dem Haushaltsentwurf - abzüglich der Kosten für Nachersatz - 10 Millionen DM ausgegeben werden. Die Umsetzung der Kommunikationsanalyse dauerte, bleibe es bei dieser Rate, somit 32 Jahre. Unter Berücksichtigung der in der Ergänzungsvorlage vorgenommenen Streichungen blieben lediglich noch 5 Millionen DM, so daß, wenn es dabei bliebe, für die Umsetzung 64 Jahre benötigt

würden. Er bitte den Minister darzulegen, wie das mit den angekündigten 10 Jahren bzw. 3 Jahren in Einklang zu bringen sei.

Weiter würde er gern erfahren, welchen Sinn die in Vorlage 11/351 erwähnte "Machbarkeitsstudie" habe, ob sie inzwischen vorliege und was sie koste.

Minister Dr. Schnoor legt dar, an dem Ziel, das Gutachten in zehn Jahren umzusetzen, halte er fest. Besonders wichtig sei ihm dabei die Ausstattung der Wachen. Er habe nun eine Streckung gegenüber dem Haushaltsentwurf hinnehmen müssen; niemand könne erwarten, daß aus einem aufgestellten Haushaltsplan 1,4 Milliarden DM herausgeschnitten werden könnten, ohne daß sich etwas ändere.

Abgeordneter Meyers (CDU) hält es schon im Interesse der Sache für nicht gut, immer auf diese 1,4 Milliarden DM Einsparungen hinzuweisen. Im übrigen habe Nordrhein-Westfalen vor der deutschen Einheit nicht etwa schwarze Zahlen geschrieben.

Abgeordneter Frechen (SPD) bezeichnet es als wünschenswert, bei der Ausstattung der Polizei mit EDV-Technik schnell weiterzukommen. Auf der anderen Seite müsse in dieser Situation aber irgendwo gespart werden. Statt dem Innenminister Vorwürfe zu machen, sollte man lieber gemeinsam versuchen, aus den vorhandenen Mitteln ein Optimum herauszuholen, insbesondere, die 220 Wachen so schnell wie möglich mit Textverarbeitung auszustatten. Nordrhein-Westfalen sei von der Notwendigkeit, 1,4 Milliarden DM einzusparen, überrascht worden, als der Haushalt längst fertig gewesen sei, und das Land sei dafür auch nicht verantwortlich. Die SPD-Fraktion wolle sich jedoch nicht dagegen sperren, den neuen Bundesländern zu helfen. Es müßten gemeinsame Kraftanstrengungen unternommen werden, und wenn dies Einsparungen bedeute, könne die CDU nicht punktuell die erforderlichen Streichungen beklagen. Die CDU wisse gar nicht, welche Anträge die SPD-Fraktion gestellt hätte, wenn die Einsparungsnotwendigkeiten nicht eingetreten wären.

Auf die Fragen nach der Machbarkeitsstudie antwortet **StS Riotte (IM)**, gerade im EDV-Bereich habe es sich als sehr sinnvoll erwiesen, größere Pläne von einem unabhängigen Gutachter auf ihre Machbarkeit untersuchen zu lassen. Dabei werde beispielsweise geprüft, ob die vorgeschlagene Reihenfolge sinnvoll sei, welche

Ausschuß für Innere Verwaltung
10. Sitzung

07.03.1991
ei-pr

Schrittfolge sich realisieren lasse und wieviel Mittel dafür benötigt würden. Unter Umständen würden auch Aussagen der Ausgangsstudie in Frage gestellt. Nach letzten Informationen werde die Machbarkeitsstudie im April vorliegen. Die Kosten dafür lägen seines Wissens nicht wesentlich über 100 000 DM.

Zu: Kürzungsanträge der GRÜNEN

(s. Anlage 2 zu Vorlage 11/404, Nrn. 1 bis 6, 8, 12 bis 15)

Abgeordneter Appel (GRÜNE) führt aus, seine Fraktion habe mit diesen Anträgen deutlich zu machen versucht, daß auch Sparen als ein Stück Reform verstanden werden könne. Die GRÜNEN wollten eine Diskussion über die Bereiche anregen, in denen sie es für politisch angebracht und auch für möglich hielten, zu kürzen.

Er dürfe darauf hinweisen, daß die Anträge nicht nur die sicherlich von den GRÜNEN erwarteten Positionen - wie: Verfassungsschutz, Zivilverteidigung - betreffen, sondern daß etwa mit dem Antrag zu Kap. 03 110 Tit. 811 10 auch versucht werde, in bescheidenem Rahmen ökologische Strukturpolitik bei der Polizei durch die Anschaffung unterschiedlicher Fahrzeuge zu verwirklichen. Vertreter der GRÜNEN hätten in Gesprächen mit Polizeibeamten vor Ort herausgefunden, daß die Beamten, wenn sie mehr Zweiräder benutzen könnten, nicht nur mit größerer Freude bei ihrer Arbeit seien, sondern daß sie damit auch bei den heutigen Verkehrsverhältnissen am besten zurechtkämen. Um Ökologie gehe es insofern, als für die Streifen in den Städten, insbesondere in den Fußgängerzonen - in denen sich die Bürger häufig über die Streifenwagen ärgerten -, die vermehrte Beschaffung von Fahrrädern beantragt werde.

Die Frage des Abgeordneten Frechen (SPD), ob die GRÜNEN ihre Anträge mit den Vertretern der GdP und den anderen berufsständischen Vertretungen der Polizei abgestimmt hätten, verneint **Abgeordneter Appel (GRÜNE)**; die Anträge dienten auch dazu, diese Dinge in die Diskussion zu bringen.